

## LESERBRIEFE

**LH Pühringer wird konkret bei Verwaltungsreform**

Fest steht, dass eine Verwaltungsreform kommen und Einsparungen für das Budget bringen muss.

Fest steht jedoch nicht, ob sie von oben (Bund) nach unten oder von unten (Länder) nach oben stattfinden soll. Die zweite Möglichkeit, nämlich mehr „sparsamer“ Föderalismus und weniger „teurer“ Zentralismus, bleibt aus der Diskussion vielfach ausgegliedert.

Einen wesentlichen Vorschlag dafür deponierte Landeshauptmann Dr. Pühringer kürzlich in Wien:

Jedes Land soll eine autonome Kasse haben – aus derzeit 25 verschiedenen Kassen für diverse Sparten entstehen in Zukunft neun Länderkassen – jede Kasse muss kostenbewusst und transparent wirtschaften, sodass ungerechte wechselseitige Ausgleichszahlungen von gut zu schlecht administrierten Kassen wegfallen.

Ein ganz konkreter Vorschlag, der sinnvoll ist und ernst genommen werden sollte.

**Dr. Norbert van Handel**

4652 Steinerkirchen an der Traun

**Einkommensaufstellung nicht nachvollziehbar**

Zum Beitrag „Die Verursacher der Schulden“.

Sehr geehrter Herr Innerlohinger, Verfasser des oben angegebenen Leserbriefs vom 23. Juni:

Ich bin mit einem „ein irrsinnig hohes Gehalt“ beziehenden Lehrer verheiratet. Er bezieht nach annähernd 25 Dienstjahren weniger als 2500 Euro netto (nachzulesen auf der Homepage der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst).

Somit liegt sein Einkommen beträchtlich unter dem von Ihnen angegebenen Durchschnittsverdienst der „arbeitenden Bevölkerung“, das laut Ihrer Aussage „nur“ die Hälfte eines Beamtengehalts ausmacht.

Woher haben Sie nur Ihre Informationen?  
**Andrea Thiel**  
5020 Salzburg

**Verantwortliche staatliche Stellen auf den Prüfstand**

Leserbrief zu „Haftstrafe: Behörde macht Rückzieher“ in den SN vom 2. 7. 2010: Hier muss sich der österreichische Staat etwas überlegen. Denn sonst sitzen am Ende Bäuerinnen und Bauern, die ihre Tiere schützen wollen, aus ethischen Gründen im Gefängnis.

Das ist neu. So etwas darf der Republik Österreich nicht noch einmal passieren. Hier appelliere ich ausdrücklich an die verehrten Damen und Herren Politiker.

Was ist passiert?

Die in Rede stehende Impfung gegen die Blauzungkrankheit hatte fünf (!) nachweisbare Kardinalmängel.

Der Impfstoff selbst war unzureichend auf unerwünschte Nebenwirkungen geprüft. Man stelle sich vor, gerade einmal 25 Tage lang wurde der Impfstoff geprüft! Im Arzneimittelbereich ein unerhörter Vorgang! Und bei der Anwendung des Impfstoffs wurden grobe Fehler gemacht. So wurde die Impffähigkeit der Tiere nur unzureichend untersucht. Solch ein mangelhafter Umgang mit Impfstoffen entspricht nicht den wissenschaftlichen Anforderungen.

Die zuständigen staatlichen Stellen lassen erkennen, dass sie die fünf (!) nachweisbaren Kardinalmängel wenig interessieren. Im hochgradig sensiblen Arzneimittelbereich wie der hier vorliegende ist es jedoch

unabdingbar, dass nicht nur der juristische Mantel sondern auch der sachlich/wissenschaftliche Inhalt der entsprechenden Rechtsvorschriften für staatlich angeordnete Impfungen stimmt.

Ich glaube, aus der jüngeren und älteren Vergangenheit liegen sowohl in Österreich als auch in Deutschland genügend, durchaus spektakuläre Fälle vor, die diese Notwendigkeit untermauern.

Es ist keine Frage, natürlich brauchen wir Impfungen, sie müssen aber richtig, das heißt mit allen Vorsichtsmaßnahmen, durchgeführt werden. – Anstatt die Bäuerinnen ins Gefängnis zu schicken, sollten die für die Zwangsimpfung verantwortlichen staatlichen Stellen in Sachen Vorsichtsmaßnahmen bei der Impfung auf den Prüfstand gestellt werden.

**Dr. med. vet. Walter Gränzer, Akad. Direktor i.R. Fachtierarzt f. Klin. Laboratoriumsdiagnostik (Wissenschaftlicher Berater der Gruppe „Schöpfungsverantwortung Tier und Mensch“, 5282 Ranshofen)**  
D-85395 Attenkirchen

**Des Kaisers Bart – in Miete oder als Eigentum**

Man darf die Streitfrage, ob nun Miet- oder Eigentumswohnungen aus immer knappen Steuergeldern gefördert werden sollen, ohne weiteres als x-ten Aufguss einer unproduktiven, quasireligiösen Debatte ansehen. Einzig relevant ist doch, was den vor allem jungen Wohnungssuchenden wirklich nützt, was eher ihrer Lebensweise entspricht und, nicht zu vergessen, was sie – mit ausreichend Realitätssinn und Rechen-talent ausgestattet! – wirklich wollen: zualtererst sicherlich Lebensqualität! Diese beginnt nicht unbedingt erst mit den „eigenen“ vier Wänden, zumal das im Regelfall mit Schulden und räumlicher Inflexibilität verbunden ist. Wer heutzutage junge Leute in die Doppelmühle von höchst unsicheren Arbeits- und Kreditmärkten treibt, muss sich die Frage gefallen lassen, wessen Interessen er wirklich vertritt. Die der jungen Leute ganz offenbar nicht! Da kommen dann viel eher die satten Wohnbauträger infrage, die an Profit und schnellen Geldrückflüssen interessiert sind, die Banken, die Kredite lieber an ohnehin Betuchte vergeben, die Bauwirtschaft, die abseits von echtem Wettbewerb in der geübten Praxis fortfahren will, Förderungen einzupreisen und die Großgrundbesitzer, die bei der Errichtung von Eigenheimen noch fettere Preise erwarten dürfen als beim Geschoßwohnbau für Mietwohnungen.

Mag sein, dass Parteispender eher von dieser potenten Klientel zu erwarten sind, als von jungen Mietern, die erst am Anfang ihres Existenzaufbaues stehen. Freilich: Jeder, der kann und wirklich will, soll völlig ideologiefrei Wohnungseigentum erwerben. Die Kernaufgabe der Politik liegt aber nicht in der Entscheidung des gegenständlichen Richtungsstreits, sondern in der wirklich radikalen Bereinigung des eigentlich problematischen Umfeldes: Bei einem Bodenrecht, das endlich der Sozialpflichtigkeit des Eigentums gerecht werden soll, einer Raumordnung, die endlich den Terror der Großgrundbesitzer abstellt und Zersiedlung wirksam bekämpft, bei einem Förderungssystem, das junge Menschen bei der Erfüllung fundamentaler (Wohn-)Bedürfnisse unterstützt, und nicht die vereinigte Bau-, Finanz- und Grundstückslobby. Darüber, liebe Politiker, tretet in einen rationalen Kreativwettbewerb ein!

Den längst überholten Miete-versus-Eigentum-Konflikt mit seinem wahrhaft kaiserlichen Bart erspart euch und uns!

**Dr. Friedrich Michael Steger**  
5161 Elixhausen

**Schreiben Sie uns!**

Salzburger Nachrichten, Leserforum, Karolingerstraße 40, 5021 Salzburg, Fax: 0662/83 73-399  
[leserforum@salzburg.com](mailto:leserforum@salzburg.com) oder [salzburg.com/leserbriefe](http://salzburg.com/leserbriefe). Bitte maximal 15 Zeilen.